

Den
Nachbarwissenschaften
zugewandt

Wolfgang Bergsdorf zum 60. Geburtstag

Karl Dietrich Bracher

Geist und Macht, jenes viel erörterte Thema, das heute aus guten Gründen wieder einmal in seinen verschiedenen Facetten zu beleuchten ist, besitzt durchaus eine eigene Beziehung und Bedeutung im Blick auf das Leben und Schaffen des Mannes, der in diesen Tagen sein sechstes Jahrzehnt vollendet: Wolfgang Bergsdorf. In besonderer Weise steht seine Lebensgeschichte unter jenem großen Spannungsbogen des Politischen überhaupt, den seit je beziehungs- und konfliktreich die Begriffe Geist und Macht bezeichnen. Und in der Lebenszeit des Jubilars haben sie uns ältere Zeitgenossen auf besonders einschneidende Weise bestimmt: in den tiefen, weltbewegenden Konflikten zwischen Demokratien und Diktaturen, von Freiheit kontra Totalitarismus, von Krieg oder Frieden.

Sein Geburtstag liegt im Jahr des so verhängnisvollen deutschen Einmarsches in die Sowjetunion, der gerade im Zeichen einer tiefen Verstrickung von wahnhaft ideologischem Radikalismus und krass weltherrschaftlichem Machtstreben geschah, und dies mit den Jahrhundertfolgen bis heute. Nun aber, sechzig Jahre später, erleben wir anstelle des seit 1989 allzu viel gefeierten Endes der Ideologien – oder gar der Geschichte – den Einbruch einer neuen Kollision von Geist und Macht, die als *Clash of civilizations* vorausgedacht, doch plötzlich und katastrophal am letzten 11. September als ideologisch terroristische Ouvertüre zum neuen Jahrhundert weltweit erfahren wird. Die Mord- und Zerstörungsaktio-

nen in New York und Washington demonstrieren unerbittlich die politische Möglichkeit des extrem Bösen, und das im Namen einer missbrauchsfähigen Weltreligion als extremster, totalitärer Ideologie. Wir erinnern uns wieder an Karl Popper (1945): „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (nun als Konfrontation von Staatenwelt und Terrorismus).

Im historischen Rückblick auf unser Thema sehen wir uns mit zwei lapidaren Auffassungen des Politischen konfrontiert, die immer wieder gegeneinander gestellt werden. Vor gut hundert Jahren, an der Schwelle zum Zeitalter der bislang größten Selbstüberhebungen und Selbstzerstörungen der Menschheitsgeschichte, hat Jacob Burckhardt in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ das berühmt-berüchtigte Verdikt über die Macht ausgesprochen: Sie sei „an sich böse, gleichviel wer sie ausübe“. Denn die Macht sei „kein Beharren, sondern eine Gier und *eo ipso* unerfüllbar, daher in sich unglücklich und muß also andere unglücklich machen“.

Das schreibt der Historiker in einem Kapitel über „Die Kultur in ihrer Bedingtheit durch den Staat“, wobei er dessen Übergriffe zumal in despotischen Regimen beklagt. Zugleich hebt er die positive politische Dimension von Kunst und Wissenschaft hervor, die er, der Schweizer, besonders eindrucksvoll in der Kulturblüte der eigenständigen Klein- und Stadtstaaten der Antike und der Renaissance wirksam sieht. Wie böse und doch wie notwendig ist hier Macht? Und wie

verträgt sie sich mit dem Anspruch geistiger Sinngebung des politischen Lebens?

Wenden wir uns diesem zweiten Gedanken zu, so treffen wir andererseits auf die beschwörende Formel, mit der Platon einst die Herrschaft der Philosophen als Könige oder der Könige als Philosophen, also gerade die Einheit von Macht und Geist, als Ideal postuliert hat: „Wenn nicht entweder die Philosophen Könige werden in den Staaten, oder die jetzt so genannten Könige oder Gewalthaber wahrhaft und gründlich philosophieren, und also dieses beides zusammentrifft, die Staatsgewalt und die Philosophie, die meisten Leute aber, die sich jetzt jeder von beiden getrennt zuwenden, unerbittlich ausgeschlossen werden, so gibt es kein Ende des Unheils für die Staaten, ja ich glaube für das Menschengeschlecht.“

Der unerbittliche Platon und sein am ideengeleiteten Denken gescheiterter Idealstaat mag man dazu sagen. Hier ging es um einen rigoros von den Philosophen-Intellektuellen verwalteten Anspruch auf letzte Wahrheit und Gerechtigkeit, der freilich schon fast totalitär zu nennen wäre und in Platons Spätwerk über die Gesetze, die *Nomoi*, ja auch wieder zurückgenommen wurde. Für diesen Verächter der Demokratie, der einer irrenden Mehrheit der Menge die Wahrheit einer wissenden Minderheit vorhält, verlief das Nachdenken über Politik gewiss in anderen Bahnen und mit anderen Ergebnissen als das unsere heute.

Und doch steckt in jener frühesten Utopie des Philosophenstaates ein Gedanke, der seitdem Theoretiker wie Praktiker aller Gemeinwesen umgetrieben hat: nämlich die Fragen nach Ziel, Aufgabe und Sinngebung von Politik und gleichzeitig nach dem rechten Verhältnis, in dem wirksames politisches Handeln und gute politische Ordnung zueinander stehen. Gerechtigkeit als Aufgabe der Politik und Sinn des Staates, das ist mit der Ermöglichkeit eines „guten Lebens“ für die Bür-

ger die Grundforderung, mit der seit Aristoteles und Cicero das geistig und moralisch begründete Gemeinwesen dem bloßen Machtstaat entgegengestellt wird. Auch in der Neuzeit sind dem unbedingten Machtdenken Machiavellis selbst Staatsmänner wie Friedrich der Große zunächst emphatisch entgegengetreten. Macht bedarf der geistigen Begründung und Begrenzung, soll sie staatsfähig und staatswürdig sein.

Utopie des Philosophenstaats

Aber welches sind nun nach dem Verlust der religiösen Einheit, die im christlichen Mittelalter Europas galt, in der modernen Welt die Kriterien der Wahrheit und der Gerechtigkeit, an denen Politik und Staatsmacht zu messen wären? Und welche Wertgewissenheiten stehen den Philosophen und weiterhin überhaupt den Intellektuellen als Waltern des Sinns, der geistigen Legitimität zur Verfügung? Die Brüche der Neuzeit, der Säkularisierung und Modernisierung von Gesellschaft und Politik haben schließlich die tendenziell weltweite Ausbreitung der Demokratie, aber auch deren Missbrauch durch mögliche scheindemokratische Verhüllung in Diktaturen zur Folge. Es wird unglaublich, mit der alten Idealvorstellung eine Einheit oder Einstimmigkeit von Macht und Geist zu argumentieren, sei diese nun von der klassischen Poliskultur und ihrem Staatskult oder von dem christlich-mittelalterlichen, religiös legitimierten Herrschaftsverständnis bestimmt. Es zeigt sich die Unstimmigkeit, ja Unanwendbarkeit der Idee vom Philosophenstaat mit seinem Anspruch auf Besitz der Wahrheit: anzutreffen nun in abgewandelter Form moderner Diktaturen mit ihren extremen, totalitären Auswüchsen, wie dies karikiert wird in Orwells *Wächterstaat in 1984* mit seinem „Wahrheitsministerium“ zur Gleichschaltung von Denken und Staat, zur Durchsetzung einer allverbündlichen

volonté générale. Und doch bleibt die Forderung nach Einheit von Geist und Macht in den neuen Weltanschauungen lebendig, die nun religiös instrumentiert oder nicht einen fundamentalistisch-heilsge-wissen Ideologienstaat verheißen.

Gewiss wird mit der Relativierung und Säkularisierung des Glaubens nach der zerrüttenden Erfahrung der Konfessions- und Bürgerkriege die Toleranz im Sinne der Aufklärungszeit zu einem der höchsten Werte im Leben der Völker und Staaten erhoben. Die Vielfalt und Autonomie von Konfessionen und geistigen Richtungen zwingen den Staat in die Rolle des unparteiischen Schiedsrichters; er ist damit als Macht nicht länger ideelle oder religiöse Autorität, sondern Bevollmächtigter und Träger der Vielfalt, eines Pluralismus der Meinungen. Wohl entsteht die moderne Demokratie nicht zuletzt auch als Ergebnis der verinnerlichten Aneignung und weltlichen Umformung christlicher Vorstellungen von der Würde des Menschen, der Autonomie der Gemeinde und der Gleichheit vor Gott. Aber die Konsequenz dieser demokratischen Säkularisierung und Pluralisierung ist eben gerade der Verzicht auf ein staatliches Wahrheitsmonopol, die Inkaufnahme des ständigen Konflikts zwischen verschiedenen Wahrheitsansprüchen. Es bedeutet das immer neue Bemühen um Ausgleich zwischen Machtbedürfnissen und deren geistiger Rechtfertigung – aber nun im Sinn eines gefestigten, echten „Verfassungspatriotismus“, wie ihn zuerst Dolf Sternberger geprägt hat.

Je weniger freilich der Staat im Gottesgnadentum begründet erscheint und je mehr die Eigenverantwortung des Einzelnen im individuellen Gewissen verankert und vom Jenseits ins Diesseits verlagert wird, desto eher wird aber der bisherige Wert christlicher und auch klassisch-antiker Tugenden und Zielvorstellungen relativiert und aus der Führungsstellung verdrängt. Die Vielfalt und der Wider-

streit der Meinungen und Lösungsvorschläge angesichts der Fülle der Probleme, mit denen sich die wachsende, im stürmischen Wandel begriffene moderne Industrie- und Mediengesellschaft konfrontiert sieht, all dies lässt schließlich jene Orientierungskrisen oder Gefühle eines Vakums entstehen, aus denen die modernen Ideologien hervorgehen und durchaus nach wie vor große Anziehungskraft als politische Ersatzreligionen entfalten können: Ideologiebedarf und Ideologiemissbrauch sind nicht erschöpft. Wenn nun mit unbedingt vorgebrachten intellektuell-wissenschaftlichen und moralisch-theologischen Argumenten apokalyptische Parolen vertreten werden, muss es gegenüber allen zielorientierten Idealismen mit ihrem letztgültigen Erlösungsanspruch heute um die grundlegende Tugend demokratischen Denkens gehen: anzuerkennen, dass nach den Erfahrungen der Geschichte allein ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat ein einigermaßen kontrollierbares und gerechtes politisches System ermöglicht und dass der Wert der dort beschlossenen und garantierten Verfahren und Mittel ebenso bedeutsam ist wie die Zielvorstellung jeder einzelnen Gruppe. Denn wie bekannt und auf eine kurze Formel gebracht: Nicht der Zweck heiligt die Mittel, allzu leicht entheiligen die Mittel vielmehr den Zweck.

Wehrhafte Demokratie

Auf dieser Erkenntnis beruht darum ja auch das Prinzip einer bewusst „streitbaren“ oder „wehrhaften Demokratie“, wie wir sie nach der Erfahrung der gescheiterten Weimarer Republik in unserer zweiten deutschen Demokratie praktizieren. Das ist kein Widerspruch zur pluralistischen Struktur und Neutralität des Staates, der die Vielzahl und Freiheit der Ansichtenschützen und gleiches Recht für alle gewährleisten soll. Um dies zum Allgemeinbesitz im Sinne einer politischen

Kultur zu machen, hat die auf Mehrheitsentscheidung beruhende, doch Minderheitsschutz berücksichtigende politische Führung die Pflicht, diesen inhaltsschweren, ja lebenswichtigen „Geist“ des Gemeinwesens nicht nur politisch anzuerkennen und zu bewahren, sondern ihn gerade auch in seiner hohen zivilisatorischen Wertsubstanz als Sinngebung für politisches Denken und Handeln selbst darzustellen.

Dabei spielen die Intellektuellen, die als Vertreter geistiger Kultur gegenüber politischer Macht in unserer Zeit größter Öffentlichkeit durchaus selbst eine Macht sind, eine wesentliche Rolle, die gewiss in der Befragung, ja Kontrolle des Gemeinwesens auf freiheitlich-demokratische und rechtsstaatlich-soziale Werte liegt. Aber in modernen pluralistischen Gesellschaften sind die so genannten freischwebenden Intellektuellen ebenfalls wie jedermann bestimmten politischen Gruppierungen und verschiedenen geistigen Orientierungen verbunden oder nahe stehend und können so wenig wie der Staat ein Wahrheitsmonopol beanspruchen. Die Bedeutung, die sie heute durch den quasioffiziellen und so ungeheuer suggestiven Charakter zumal der audio-visuellen Fernseh-Medien erreichen, macht ihre Ausstrahlungskraft im Kampf um Urteile und Wertstellungen so wirkungsvoll, dass die konkurrierende geistige Auseinandersetzung in ihrer zentralen Rolle für die pluralistische Demokratie zuweilen eher in der Gefahr ist, der Manipulation zum Opfer zu fallen. Hier könnten auch Zweifel an der Auswahl und Gewichtung von Nachrichten beginnen und schließlich zu einer Oberrolle in Wahrheits- und Sinnfragen gegenüber Politik und Volksmeinung zugleich führen: Die so euphorisch vertretene „Diskurstheorie“ des viel zitierten Habermas mag hier auch an ihre Grenzen stoßen. Ähnliches gilt für die Vorstellung, angesichts der schwindenden Wirkung der traditionel-

len Gewaltenteilung im hochbürokratisierten und politisch verfilzten Wohlfahrtsstaat müssten die Medien die Rolle einer „vierten Gewalt“ ausüben, um für mehr Durchschaubarkeit und Kontrolle zu sorgen – ein Gedanke, der sich auf die tatsächlich lebenswichtige Funktion einer freien Presse in der Demokratie beruft. Doch stellt – über Medien ausgeübter Druck – oft indirekt in der offenen Gesellschaft eine kaum zu überschätzende Eigenmacht dar, nicht zuletzt auch in Amerika, wie schon Tocqueville vor nun 170 Jahren im Blick auf die Macht der „öffentlichen Meinung“ gewarnt hat. Wir alle, ob nun als Intellektuelle und Wissenschaftler oder sonst wie mit öffentlicher Meinung befasst, mögen solchen Versuchungen ausgesetzt sein, aus denen zumal über Medienmacht durchaus eine Art des Machtmisbrauchs erwachsen kann.

So ist denn jene Versuchung von Seiten des „Geistes“ nicht geringer als das Überlegenheitsgefühl, das Inhaber oder Vertreter politischer Macht ihrerseits dagegensezten. Die alte Erscheinung des Geistes in der „Theorie als Dienstmagd der Politik“ (Alexander Schwan) ist jedoch vor allem ein Kennzeichen der totalitären Diktaturen und der intellektuellen Verführer, die sie mit utopischen Gedanken vorbereiten: der Parteiintellektuellen und der notorischen *Fellow travellers* an der Seite diktatorischer Macht.

Politische Sprache unter der Lupe

Dem steht nun besonders das Denken und Wirken von Wolfgang Bergsdorf gegenüber. Schon Anfang der sechziger Jahre lernte ich ihn in Bonn als jungen Studenten kennen und schätzen, der sich doch bereits politisch-publizistisch seine Spuren verdiente, so zum Beispiel als Mitarbeiter des Kuratoriums Unteilbares Deutschland um Wilhelm Wolfgang Schütz. Bergsdorf beeindruckte durch seine Fähigkeit zu genauer politischer Beobachtung und sein großes Interesse an

Fragen der Massenkommunikation auch als Problem der Macht. Nach seiner Regensburger Promotion boten sich dem im besten Sinne zielstrebigen, doch stets nachdenklichen politischen Intellektuellen mit dem Aufstieg zu einer oppositions- und dann regierungsnahen Stellung und Rolle in der Ära Kohl publizistisch wie akademisch beste Gelegenheiten, die Bedeutung und Wirkung seiner Erkenntnisse vom ständigen Ineinander und Gegeneinander sowohl geistiger wie politischer Machtverhältnisse und Machtbeziehungen selbst zu erproben.

Seinen Werdegang im Einzelnen werden gewiss andere besser und vollständiger rühmen können, seine politischen und publizistischen Leistungen gerade auf unserem Felde erfordern mehr Raum und Zeit, als mir zur Verfügung stehen. Aber beispielhaft möchte ich meinerseits vor allem über jenes seiner Bücher – „Herrschaft und Sprache“ – sprechen, das er vor 20 Jahren der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn erfolgreich als Habilitationsschrift vorgelegt hat. In seiner Art ist es bis heute, so meine ich, unentbehrlich und unübertroffen. So war und bleibe ich stolz auf dieses Buch und seinen Verfasser. Nach seiner frühen Bonner Studienzeit hatten wir uns wieder in Bonn getroffen, als ein Jahrzehnt später eine erste, zumal deutsche Form des Terrorismus die Bundesrepublik in der Ära Schmidt heimsuchte. Das war ein Anlass für die denkwürdige Konferenz vom November 1977 im Konrad-Adenauer-Haus unter dem Titel: „Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen.“ Auch auf Bergsdorfs Anregung trug ich dazu einen Beitrag betont zum Thema „Terrorismus und Totalitarismus“ vor, wobei es mir damals – und bis heute – um die oft verkannte oder tabuisierte Bedeutung sowohl links- wie rechtstotalitären Denkens geht, das mit dem Ideologiedruck der Angst, des Zwangs und der Verführung

bei terroristischen Taten und Bewegungen operiert: damals im Nationalsozialismus und Kommunismus, heute mit der ideologischen Wirkungsmacht politisch manipulierter fundamentalistischer Religion.

Aber nicht davon, sondern von Bergsdorfs zentralem Buch über „Herrschaft und Sprache“ möchte ich noch reden, das in diesen Jahren entstand. Nach Vorstudien zu Politik, Sprache und Massenkommunikation war es in der Tat die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung zur Entwicklung der politischen Sprache in der Bundesrepublik. Die Bedeutung der Fragestellungen einer politischen Semantik für die Analyse der politischen Kultur und ihres Wandels im Zusammenhang der westdeutschen Parteien- und Regierungsentwicklung ist im Laufe der siebziger Jahre zunehmend erkannt und erörtert worden. Doch wurden nur wenige Spezialstudien veröffentlicht, die auch den weiteren zeitgeschichtlichen Rahmen unserer politischen Terminologie und ihre Verknüpfung mit der konkreten Grammatik der verschiedenen Richtungen und Traditionen deutscher Politik berücksichtigten.

Wolfgang Bergsdorf befand sich also auf einem noch wenig beachteten Grenzgebiet der Politikwissenschaft. Bei der schwierigen, anspruchsvollen Aufgabe kam ihm seine Vertrautheit mit den Methoden und Ergebnissen von Nachbardisziplinen wie Geschichte, Soziologie, Psychologie und Publizistik zugute. Wesentlich waren auch die Einblicke und Erfahrungen, die er jahrelang als Mitarbeiter von Verbänden, Parteien und politisch-kulturellen Zeitschriften gewinnen, und das Material, das er dabei wie auch als näher Zeitzeuge der Handelnden und Schreibenden sammeln konnte. In diesem Buch von 1983 nun führt er uns zunächst an die systematischen und theoretischen Probleme der politischen Sprachbetrachtung heran, wobei die wichtigsten Felder

und Funktionen, dann die ideologischen und zeithistorischen Implikationen politischer Terminologie unter den besonderen Bedingungen und Belastungen der deutschen Entwicklung zumal durch den NS-Sprachgebrauch scharfsinnig erörtert werden. Darauf baut nun die Darstellung der Nachkriegszeit auf, zunächst im Zeichen von Zusammenbruch, Besatzungsregimes und Neuaufbau des politischen Lebens als Vorgeschichte der Bundesrepublik. Das Neuartige und Fruchtbare des semantischen Ansatzes tritt schon hier deutlich hervor. Bergsdorf konzentriert sich zumal auf die Herausarbeitung der wichtigsten Schlüsselbegriffe, die für ein Verständnis der großen Frontstellungen und der Ausbildung eines veränderten politischen Bewusstseins nach den Irreführungen der Diktaturzeit und angesichts der neuen Bedrohung freiheitlicher Demokratie durch die sowjetische Europa- und Deutschlandpolitik fundamental waren. Wir erlebten ja über 30 Jahre danach an der neu aufgeflammt Faschismus- und Totalitarismusdiskussion wie auch an den fortwährenden Kontroversen über verschiedene Demokratie- und Sozialismusbegriffe, welche Bedeutung der damaligen Ausprägung und Benutzung solcher Begriffe bei der Bestimmung und Profilierung politischer Positionen und Leitvorstellungen überhaupt zukommt.

Von den Gründungsaufrufen der westdeutschen Parteien 1945 über die ersten Programme von 1946 bis 1948 zu den Verfassungsberatungen des Parlamentarischen Rates zeigte der Sprachgebrauch nach Bergsdorf zunächst „terminologische Gemeinsamkeiten als Verhüllung politischer Differenzen“, dann die Entfaltung eines betont antitotalitären pluralistischen Politik- und Freiheitsverständnisses, schließlich eine zunehmende Eingang auf die Verfassungsbegriffe des Grundgesetzes. Wenn Bergsdorf zurückhaltend betonte, er könne keine Ge-

schichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik, sondern nur „einige wichtige Konstanten und Veränderungen der Sprache, in der Politik sich darstellt, nachzeichnen“, um „die Wechselwirkung von Sprache und politischer Entscheidung verständlicher zu machen“, so zeigen doch schon die aufschlussreichen Beobachtungen zur Vorgeschichte von 1945 bis 1949, wie fruchtbar seine Untersuchungsweise war.

Dies gilt noch viel ausgesprochener für die folgenden Teile, in denen nun die Geschichte der Bundesrepublik selbst unter solchen Gesichtspunkten behandelt und im wirklichen Sinne des Wortes aufgeschlüsselt wird. Es geschieht zunächst durch eine Analyse der „kargen Prägnanz“ der Terminologie Adenauers mit ihren außen- wie innenpolitischen Bezugspunkten und durch Vergleich mit terminologischen Rivalitäten bei FDP und SPD. Die zunehmende Konsolidierung und Konsensbildung der Ära Adenauer wird hier über die grundlegenden Arbeiten von Hans-Peter Schwarz hinaus an dem Verhältnis von Konflikt- und Harmonievokabular untersucht und verdeutlicht. Sodann tritt der Übergangsprozess der folgenden Zeit als „Vorbereitung des Machttransfers“ in den Sprachprägungen der „Formierten Gesellschaft“ und des Gemeinsamkeitspathos bei Ludwig Erhard, mehr noch in den „terminologischen Innovationen der Großen Koalition“ hervor. Der Verfasser konfrontiert diesen Prozess mit den terminologischen Eigenentwicklungen in der DDR, wobei er die Ansätze von Germanisten wie Hugo Moser aufschlussreich weiterführt. Nicht minder aufschlussreich ist aber auch sein Nachweis, dass sich Schlussphase und Ende der Großen Koalition nicht zuletzt als „Zusammenbruch der gemeinsamen Terminologie“ der Regierungsparteien vollziehen.

Schließlich widmet sich Bergsdorf der „sozialliberalen Politik“ seit 1969 sowie

den Problemen einer Erneuerung der CDU-Terminologie in der Opposition. Entschieden, aber immer sachlich ent-schleiert er vor dem Hintergrund der großen politischen Entscheidungsfragen die „Dynamisierung der Schlüsselwörter“ in den Reden Willy Brandts, dessen spezifische Rhetorik inmitten eines Einbruchs linker Ideologie in die Politik – wohl nicht zuletzt auch durch die nun rasch wachsenden Verstärkungswirkungen des Fernsehens – überaus schnelle Verbreitung findet, um dann freilich nach dem Höhepunkt des dramatischen Anstimmungs- und Wahljahres 1972 (mit der durch Stimmenkauf samt Stasigeldern erreichten Behauptung Brandts als Kanzler) bald auch wieder zu „verblühen“ und von der Rückwendung zum Pragmatismus unter Helmut Schmidt abgelöst zu werden. Man mag heute infrage stellen, ob der Bruch so eindeutig und klar zu konstatieren ist, wie es damals im Blick auf den spektakulären Rücktritt Brandts nach der Spionageaffäre Guillaume erscheinen konnte. Tatsächlich bleiben durchaus starke Bestände der „neuen“ Sprache von 1969/70 erhalten, mit all ihren kritischen wie euphorischen Tönungen eines Umbruchs, ebenso wie die fast weltanschauliche Selbstgewissheit der neuen Ost- und Entspannungspolitik und zugleich der sozial- und bildungspolitischen Reformwellen der siebziger Jahre.

Diese ungemein aufschlussreiche Darstellung einer Schlüsselzeit der Bundesrepublik brachte neben den kulturrevolutionären Akzenten zumal im Zusammenhang der Studenten-Protest-Bewegung durchaus auch schon die zahlreichen Nuancen, das taktische Auf und Ab, ja die Manipulationsmöglichkeiten zum Vorschein, die der Entfaltung und Krise der sozialliberalen Ära von 1969 bis 1982 das Gepräge gaben. Den Abschluss und Ausblick auf die nun folgende Ära Kohl und deren Geist, die noch Bergsdorfs kundiger Gesamtanalyse harren, bildeten Beob-

achtungen zu der fortgehenden Grundwertediskussion als Suche nach einem neuen Konsens, dazu ein gut orientierter Überblick über die wichtigsten Entwicklungsstufen und Linien der westdeutschen politischen Terminologie, die sich tatsächlich als ein bemerkenswert aufschlussreiches Barometer der Probleme und Bestrebungen unserer Nachkriegsgeschichte erweist.

Gerade in unserer kurzlebigen Zeit wollte ich hier, auch als Zeitzeuge, an diese keineswegs vergangene, sondern bleibende Leistung unseres Jubilars erinnern, die mir bis heute zentral für seine geistige und politische Arbeit wie auch für unser Tagungsthema erscheint. Auf die Tatsache, dass er in vielen Publikationen jüngeren Datums sich weiterhin bündig zur Sache und vor allem auch zum fortgehenden Streit um die Wertfrage geäußert hat, kann ich hier nur noch hinweisen. Der nach wie vor erfreulich lesbaren und aktuellen Untersuchung zur politischen Theorie wie zur zeitgeschichtlichen Empirie sind zahlreiche Studien und Beobachtungen Bergsdorfs zur weiteren Entwicklung der Medien- und Geistesgeschichte der zweiten deutschen Demokratie in Europa gefolgt, zumal dann nach der Wiedervereinigung und den nationalen Befreiungen von 1989, so besonders die jüngsten Bücher: *Deutschland im politischen Stress* (1993), *Sprachlenkung im Nationalsozialismus* (1994), *Fernsehen und politische Ordnung* (1995), *Wiedervereinigung der Sprache* (1996), *Auf dem Weg ins Jahr 2000* (1996), *Ist der Fortschritt noch zu retten?* (1997), *Fahnensprüche im Spannungsfeld der deutschen Politik* (1998), *Medienethik in der Informationsgesellschaft* (1999) und *Deutschland an der Jahrtausendwende* (2000).

Kompromissbereitschaft

Wie notwendig schließlich das Ringen um die politischen Grundlagen des Geistes, aber auch um die geistigen Grundlagen

des Politischen, der Macht, bleibt, so sollte doch alles Nachdenken darüber auch unter den heutigen Bedingungen von Staats- und Weltkulturen im Konflikt immer wieder auf den zentralen demokratischen Gedanken des Kompromisses zuführen. Konflikte als tägliche Realität zu bestehen erfordert Kompromissbereitschaft, und diese ist nicht bloß als notwendiges Übel, sondern als Wert zu begreifen. Die Erfahrung zeigt, dass hierin die eigentliche Alternative zu Diktatur und Gewaltdenken liegt. Geschichte als Verherrlichung großer Taten und Entscheidungen, als Beispiegalerie für das Recht des Stärkeren und der brutalen Macht: Solch leider populäre Form der Geschichtsbetrachtung, die eine Erhaltung des inneren und äußeren Friedens vermöge kompromissbereiten Verhaltens in Staat und Gesellschaft abwertet, bestimmt noch immer die nationalistischen Traditionen historischer Staats- und Machtbewunderung, der „postnationales“ Denken oder übernationales Selbstverständnis noch kaum zu widerstehen vermögen. Aber auch revolutionäre Ideologien mit ihrem weltweiten Anspruch auf einseitige, gewaltsame Durchsetzung des als absolut richtig verkündeten, dessen wahrer Charakter oft durch scheinheilige Friedensparolen verschleiert wird, sowie der merkbare Aufschwung von totalitären Sekten und fanatischen Politik-Religionen zeugen von der Aktualität dieser Probleme.

Eine Theorie der Demokratie, die dem engen, doch spannungsvollen Zusammenhang von Politik und Geist gerecht wird, beruht notwendig auf der Einsicht in die Ambivalenz der menschlichen Zielvorstellungen und der notwendigen Bemühung um ihr Gleichgewicht im Interesse der Wahrung von Freiheit und Menschenrechten. Dabei kommt in der Demokratie allerdings bei aller Anerkennung

von Minderheitsrechten dem Mehrheitsprinzip entscheidende Bedeutung zu. Es tritt nun an die Stelle des absoluten, religiös sanktionierten Souveränitätsanspruchs eines Monarchen und ist als Weg zur freiheitlichen Lösung von Machtkonflikten das kleinere Übel gegenüber den anderen Entscheidungswegen, wengleich der Mehrheit bewusst sein muss, dass sie nicht im Besitz alleiniger oder endgültiger Wahrheit ist.

Unser Thema betrifft ein sehr altes Problem. Aber es hat neue Bedeutung gewonnen durch zwei bestimmende Signaturen unserer Epoche: Dass sie ein Zeitalter der Demokratie sein will – und dass sie zugleich weltweit ein Medienzeitalter ist.

Aus der Vielfalt der Beziehungen zwischen Macht und Geist, der Wolfgang Bergsdorfs Lebensarbeit gewidmet ist, bleibt zu lernen, dass keine der beiden Größen ohne die andere bestehen, keine auch absoluten Geltungsanspruch erheben kann. In seinen Maximen und Reflexionen sagt Goethe: „Derjenige, der sich mit Einsicht für beschränkt erklärt, ist der Vollkommenheit am nächsten.“ Nach dem fatalen Schwanken Deutschlands im 20. Jahrhundert zwischen Machtversessenheit und Machtvergessenheit, das uns Hans-Peter Schwarz vorhält, heißt dies heute: unsere wehrhafte Demokratie stärken und dabei den Machtmissbrauch meiden, indem man dem Geist der Selbstüberhebung wehrt, aus dem er stammt. Eine anspruchsvolle Einsicht aus unserer Geschichte als Erfahrung, die dem friedlichen Zusammenleben von Menschen in einer freiheitlichen Demokratie und ihrer politischen Kultur dienlich und unentbehrlich ist.

Karl Dietrich Bracher, geboren 1922 in Stuttgart, ist Emiritus für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte der Universität Bonn und Mitglied des Ordens *Pour le Mérite*.